

warnung erhalten. Ferner wurde nachgewiesen, daß bei der Kasse Rundschreiben zirkulierten, die die Beamten auf-forderten, Beiträge zu dem sozialdemokratischen Volkshaufe und zu dem sozialdemokratischen Waisenfonds zu zahlen. Auf Grund des Ergebnisses der Beweisnahme zogen die Kläger auf Anraten des Gerichtsvorgängers die Klage zu-rück und übernahmen die Kosten, auch die außergerichtlichen, sowie ein Extrahonorar für den Verteidiger des Angeklag-ten. Durch die Verhandlung ist klar und deutlich bewiesen, daß von Sozialdemokraten in unverantwortlicher Weise mit gemeinnützigen, weitesten Volkskreisen dienenden Ein-richtungen Mißbrauch getrieben worden ist.

— **Liberaler Häusergeschichten** über die Steuern kon-servativer Grundbesitzer werden immer wieder verbreitet. Jetzt heißt es, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freyherr v. Wangenheim, zahle gegenwärtig nur eine Einkommensteuer von 6 Mark. Der Angegriffene gibt die Erklärung ab, daß er schon seit einer langen Reihe von Jahren eine sehr erhebliche Einkommensteuer zahle und in diesem Jahre außer Zuschlag und Ergänzungssteuer zu einer Einkommensteuer von 1440 Mark veranlagt worden sei.

— **Ein neuer sozialdemokratischer Demonstrationstag** soll am nächsten Sonntag im Treptower Park vor sich gehen; er soll sich „gegen den Krieg und für den Völk-frieden“ aussprechen. In dem Aufrufe heißt es:

„Mangelt hätte die Regierung die Pflicht gehabt, den Reichstag einzuberufen, um wenigstens die Vertreter des deutschen Volkes in dieser so ersten, wichtigen Frage mit-sprechen zu lassen. Aber man will das Volk ja ausschließen, will es rechtlos lassen. In einem eventuellen Kriege die Opfer zu bringen, dazu ist das deutsche Volk noch gut genug, seine Geschicke aber werden von wenigen Personen geleitet.“

Diese Behauptungen sind einfach erlogen. Der Reichs-tag hat im Oktober reichlich Gelegenheit, zu der Frage Stellung zu nehmen. Eine Frage aber liegt auf der Hand: Haben die französischen Sozialdemokraten etwa die Einberufung des Parlaments gefordert? Der „Vorwärts“ fälscht unsere letzten Artikel über den Landesverrat der Sozialdemokratie dahin, als ob wir Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie verlangt hätten. Das ist vollkommen falsch. Wir fordern nur Prüfung der Sachlage, ob die bestehenden Gesetze gegen Landesverrat, angesichts des Treibens der Genossen, ausreichen und wünschens-würdigen Vorschläge der Regierung, falls diese unvollkommen sind. Nicht gegen die Sozialdemokratie als Partei, wohl aber gegen jeden Versuch des Landesverrates. Wenn die Sozialdemokratie letzteres als ihre Aufgabe ansieht, dann mag sie die Prügel mit erhalten. Aber das sind keine Ausnahmegesetze, sondern allgemeine Bestimmungen des Strafgesetzbuches, was wir im Auge haben.

#### **Oesterreich-Ungarn.**

— Der englische Votschaffer Cartwright soll um seine Abberufung gebeten haben. Zwar behauptet er, nicht der Autor des Artikels in der „Neuen Freien Presse“ gewesen zu sein. Aber ein Korrespondent der „Vogl. Ztg.“ stellt fest, daß der Verfasser des Interviews nach ganz zuverlässigen Nachforschungen der bekannte Publizist Siegmund Münz sei, der die in dem betreffenden Artikel enthaltenen Äußerungen erregenden Auslassungen während eines De-journés in Marienbad von dem englischen Votschaffer er-halten hat. In dem Interview sind von dem Publizisten nur jene Stellen abgezeichnet worden, in denen Cartwright direkte Angriffe gegen den deutschen Kaiser richtete. Es ist also notwendig, daß diesem Störenfried in Wien das Handwerk gelegt werden muß. Hierzu schreibt die „Ger-mania“:

„Die englische Regierung muß sich die Frage vor-legen, was sie zu tun gedenkt, um die Sache aufzuklären und eventuell Deutschland hinreichende Genugtuung zu ver-schaffen. Stellt sie sich aber in London nicht selbst die Frage, so wird wohl unser Anwaltliches Amt nicht umhin können, sie in zwar sehr höflicher, aber doch in bestimmter Weise in der Downingstreet vorzubringen. Wir betonen, diese Angelegenheit hat mit der Marokkofrage gar nichts zu tun. Es handelt sich allein um eine Flegelerei eines hohen eng-lischen Diplomaten gegen uns, und wir müssen darauf be-standen, wenn wir uns selbst achten, daß uns hierfür die ge-eignete Genugtuung gegeben wird!“

— **Die Cholera in Budapest.** Rumor ist auch amtlich konstatiert worden, daß in den letzten Tagen sowohl im benachbarten Rußland als auch hier in der Hauptstadt mehrere Fälle von asiatischer Cholera vorgekommen sind. Dabon hatten bereits vier einen sehr schnellen, tödlichen Ausgang. Heute vormittag wurden zwei neue Cholera-ver-dächtige Erkrankungen auf der Straße festgestellt. Auf Anordnung des Ministeriums des Innern sind strengste Vorsichtsmaßregeln getroffen. Man beabsichtigt, auch alle offenen Marktplätze in der Hauptstadt zu schließen. In der Bevölkerung herrscht große Aufregung und Furcht wegen der bedenklichen Zunahme der Cholera.

#### **Frankreich.**

— Ein Sozialdemokrat über die landesverräterische Haltung seiner Partei — aber nicht bei uns in Deutschland, sondern in Frankreich ereignete sich dieser Zwischenfall. Der französische Arbeitsminister Angaugneur, selbst So-zialdemokrat, hat in Lyon eine bemerkenswerte Rede ge-halten; dabei führte er über den Streik aus, daß man zwar mit dieser Tatsache rechnen müsse, daß aber der Zustand kein Recht der Arbeiterschaft bedeute, sondern er sei viel-mehr als ein Unglück zu betrachten, das von ähnlichen Fol-gen begleitet werde wie ein Krieg oder eine Wetterkata-strophe. „Wenn man aber schon“, fuhr der Minister wörtlich fort, „es den Arbeitern nicht verbieten kann, daß sie in Massen lauzieren, so darf doch nie und nimmer den Angestellten des Staates, sowie allen anderen der All-gemeinheit dienenden Betrieben das moralische Recht zugestanden werden, in den Zustand zu treten!“ Weiter beleuch-tete der Minister die Stellung der Staatsbeamten, hob deren Vorteile hervor, aber auch nicht minder scharf deren Pflich-ten, um dann auf die Sabotage zu sprechen zu kommen, wobei er ausrief: „Die Regierung muß gegen die Sabo-tage mit den schärfsten Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, vorgehen! Hier darf kein Erbarmen gekannt wer-den!“ Zum Schluß äußerte sich der Minister nicht minder

scharf gegen die militärfeindlichen Umtriebe der Sozial-demokratie und der mit ihnen eng verbündeten Anarchisten und hob die Notwendigkeit hervor, daß sich der Staat auf eine starke Armee und Flotte stützen könne, „denn ohne diese Macht hinter sich zu haben, werde keine Regierung instande sein, die Lösung erster an sie herantretender Fragen wagen zu können!“ Trotz der friedlichen Strömung, die durch die Welt geht, schloß der Minister, müsse man für den Krieg ausreichend gerüstet bleiben. In Preußen aber versuchen die Genossen, Landesverrat einzuleiten und hierfür Pro-paganda zu machen. Nur die deutsche Sozialdemokratie nimmt eine solche landesverräterische Haltung ein.

#### **Italien.**

— **Zur Marokkofrage.** Die dem Ministerpräsidenten Giolitti nahestehende Turiner „Stampa“ bringt zur Marokkofrage die wichtige Nachricht, Italien werde in Ber-lin, London und Paris seine Ansprüche anmelden für den Fall, daß Veränderungen im Mittelmeer eintreten. Die „Stampa“ sagt: „Kein anderer Staat ist so sehr Mittel-meermacht wie Italien. Wegen seiner Mittelmeerinteressen ist es in den Dreieinig eingetreten und hat das unglückliche Abkommen mit Frankreich und England getroffen.“ Nach der „Stampa“ ist dieser Schritt Italiens auf direkte Ver-anlassung Giolittis erfolgt, der in letzter Zeit wiederholt persönlich in die auswärtige Politik eingegriffen hat.

#### **Portugal.**

— **Im Dienste Erzking Mannéis.** In London wurden auf der West der englischen Geschützfabrik Vickers Maxim die Dampfer „Joan Queen“, „Arizona“ und „Vespa“ von der Behörde beschlagnahmt. Außerdem sind sechs weitere mit Munition beladene Freibeuterschiffe in englischen Häfen beschlagnahmt worden. Die „Joan Queen“ hatte 94 Risten Schrapnell und 395 Risten andere Munition geladen. Die Firma Vickers hatte für die „Vespa“ 300 Risten Geschützmunition geliefert. Der Londoner diplomatische Vertreter Portugals macht bekannt, daß die Beschlagnahme der Freibeuterschiffe auf seine dringenden Vorstellungen durch das Auswärtige Amt veranlaßt wurde. Das Kom-plot gegen die portugiesische Republik wurde von London aus geleitet. Laut statistischen Ausweisen ist die englische Ausfuhr von Handfeuerwaffen im Juli von 660000 auf 1200000 Mk., die von Munition von 5 auf 18 Millionen Mark emporgeschneit. Nach dem „Daily Express“ sind viele Engländer an dem beabsichtigten royalistischen Unter-nehmen beteiligt.

### **Die Hygiene-Ausstellung.**

Ueber Reform der Gesundheitspflege spricht am Frei-tag, den 1. September, abends 7 Uhr Herr Dr. med. Emil Dilleberger im Vortragssaal der Ausstellung. Das Thema behandelt die Idee eines neu zu errichtenden Ver-richtnisses für Hygiene, in dem das Publikum sich eine natürlche Lebensweise nach modernen hygienisch-pädago-gischen Prinzipien aneignen könnte.

Im Landsabade findet am kommenden Sonntag nachm. 1/3 Uhr ein nationales Schwimmsfest statt. Zu den Wet-kämpfen sind von 15 Vereinen etwa 200 Rennungen ab-gegeben worden.

### **Aus Stadt und Land.**

Dresden, den 31. August 1911

— **Se. Königl. Hoheit der Prinz Johann Georg** be-gibt sich heute abend 7 Uhr 15 Minuten in Begleitung des persönlichen Adjutanten Hauptmanns v. Esterlin nach Ber-lin, um am 1. September an der großen Parade des Garde-korps vor Sr. Majestät dem Kaiser teilzunehmen.

— **Der sächsische Landtag** soll nach einigen Zeitungen am 7. November zusammentreten. Wie wir an wohl-orientierter Stelle hören, ist jedoch bis jetzt ein bestimmter Tag für die Eröffnung der diesjährigen Session noch nicht in Aussicht genommen und auch das Gesamtministerium hat hierüber noch keinen Beschluß gefaßt. Bezüglich der zu erwartenden Vorlagen erfahren wir, daß es bis jetzt durch-aus noch nicht feststeht, ob der Gesetzentwurf über die Volksschulreform und derjenige über die Gemeindefeuer-reform den Ständen schon bei Beginn der Session zugehen wird. An den beiden umfangreichen Vorlagen wird im Ministerium des Innern mit aller Energie gearbeitet, doch ist der zu bewältigende Stoff ein derartig umfangreicher, daß sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen läßt, ob die Vorlagen rechtzeitig fertiggestellt werden können. Wahr-scheinlich werden sie jedoch noch im Laufe der Session den Kammermitgliedern zugehen und voraussichtlich besonderen Ausschüssen zu einer vorherigen Durchberatung überwiesen werden. Weiter werden dem Landtage noch der Entwurf zu einem sächsischen Bildergesetz, sowie eine Vorlage über Vereinfachungen im Dienstbereich des Königl. Finanz-ministeriums und speziell im Ressort der Königl. Sächs. Staatsbahnen zugehen, denen sich die umfangreichen Druckfachen für die Etatberatungen anschließen werden.

— **Die „Neue Vogtländische Zeitung“** (Nr. 197) ist sehr indigniert darüber, daß Se. Erlaucht Graf Schönburg-Glauchau und der Herr Abgeordnete Erzberger das Lesen der katholischen Presse empfohlen haben; sie schreibt darüber:

„Die Hauptansare der Herren Erzberger und Graf Schönburg aber klang aus in ein „Nest katholische, lezt Zentrumsblätter!“, und dieser Ruf verdichtete sich zu dem „Nest die „Sächsische Volkszeitung“, denn die liberalen Blätter sind unwahr und unvollständig. Nun, wir dienen heute selbst mit einer Kostprobe aus der „Sächsischen Volks-zeitung“, in der wir folgendes lesen:“

Dann druckt die Zeitung den Nachruf ab, den wir dem verstorbenen Geh. Kirchenrat D. Meyer in Zwickau ge-widmet haben und bemerkt dazu:

„Herr Erzberger! Nennen Sie uns ein bürgerliches, deutsches Blatt im anderen Lager, das etwa einem dahin-geschiedenen „Nest“ niederträchtig nachgesagt hätte, „er glaube nicht mehr an die Gottheit Christi!“ So christlich wie Dr. D. Meyer war in allem Streit und aller Hitze des Gesehtes, scheint Ihre Leipziger Freundin gar nie sein zu können, denn ihr Satz verfolgt sogar die Toten.“

Das Blatt nennt es also „niederträchtig“, weil wir geschrieben, daß D. Meyer die Gottheit Christi leugnete. Es

glaubt, etwas besonders Gescheites zu sagen, wenn es voll Würde ausruft: Nennen Sie uns ein protestantisches Blatt, das einen verstorbenen Bischof Christusleugner nennen würde! Na, kennt der Schreiber einen katholischen Bischof, der die Gottheit Christi gekümmert hat? Wo ist ein solcher Abtrünniger in der katholischen Kirche, oder besser gesagt, da er von toten Bischöfen redet, wo war denn ein solcher Bischof? Wenn man einen kennen würde, so hätte der libe-rale Protestantismus nicht verfehlt, ihn für seine Zwecke auszunutzen. Weil es keinen gibt, ist die Phrase der „Neuen Vogtl. Ztg.“ gar nicht am Platze. — Uebrigens ist es uns ganz neu, daß es in den Augen der Protestanten eine „Niedertracht“ ist, von einem Pastor zu sagen, er glaube nicht mehr an die Gottheit Christi. Wenn er es selbst offen ausspricht, so kann man es von ihm doch sagen. Findet er selbst und das Landeskonsistorium, dem doch seine Lehre nicht unbekannt bleibt, keinen Widerspruch zwischen Christus-leugnung und Amtseid, warum ist man so erregt, da wir an diese Tatsache bei dem verstorbenen Geh. Kirchenrat D. Meyer erinnern? Doch er die Gottheit Christi ge-leugnet hat, steht in Wort und Schrift fest. Wir wollen hier nur eine Stelle zum Beweis anführen. Auf der Be-zirkslehrerkonferenz in Zwickau am 18. Februar 1905 sagte Herr D. Meyer in seiner Rede:

„Aus den Werken Jesu greift man Taten heraus, die beweisen sollen, er wäre allmächtig, all-wissend, was er weder war, noch sein wollte, und läßt aus diesen göttlichen Eigenschaften schließen, daß er Gott war.“

Aus dieser einen Stelle ergibt sich klipp und klar die Anbahnung des Herrn D. Meyer über die Person Christi, und deshalb nennen wir ihn mit Recht einen Christusleugner. Warum soll diese Konstatierung ange-sichts der Majestät des Todes eine Niederträchtigkeit sein? Wenn die Lehre von ihm bei Lebzeiten gepredigt wurde, warum soll sie kein Ändenken in der evangelisch-lutherischen Landeskirche verdunkeln und die Trauer um ihn ver-mindern? Der Verstorbene war bekannt als tüchtiger Kanzelredner. Als solcher verstand er es allerdings mit ungläublicher Geschäftlichkeit, den Kleinen und Schwachen kein Vergerniß — sie hörten aus seinen Worten: Christus ist wahrhaft Gott — zu geben; die Wissenden aber hörten in den salbungsvollen Worten das Bekenntnis: Christus ist nicht Gott. So wird es ja für manden orthodoxen Protestanten seiner Seelsorge etwas Neues sein, wenn er hört, daß der Verstorbene die Gottheit Christi geleugnet hat. Die „Kostprobe“ aus der „Sächsischen Volkszeitung“ ist daher der „Neuen Vogtl. Ztg.“ so stark auf die Nerven gefallen, daß sie unser Erscheinungsort nach Leipzig verlegt. Das Blatt meint, wir können gar nicht so „christlich“ sein, wie D. Meyer in allem Streit und aller Hitze, denn unter Sah ver-folge sogar die Toten. Nichts ist unbegründeter als dieses Geschwätz. Jedes Wort des Nachrufes entspricht der Wahr-heit und wurde selbst in verschiedenen Variationen in der protestant. Presse wiederholt, so, daß der Verstorbene, wie wir schrieben, der Führer, Anreger und die Seele der „Los-von-Rom“-Bewegung in Oesterreich, das geistige Haupt des Evangelischen Bundes war, daß er „Die Wartburg“, dieses Organ des Deutsch-evangelischen Bundes für Oester-reich herausgab, sich an den Aktionen gegen die katholische Kirche beteiligte, im Reichstage gegen den Entwurf des Toleranzgesetzes, im sächsischen Landtage gegen die Kranken-schweatern, gegen die Regelung der konfessionellen Steuer-gesetzgebung usw. intrigierte. Nur das brachte die gegen-richtige Presse nicht, daß der Verstorbene „eine Gefahr für den konfessionellen Frieden in Sachsen und im Deutschen Reiche und ein liberaler Geistlicher war, der nicht mehr an die Gottheit Christi glaubte“. Diese Worte hat uns nicht der Sah, sondern seine Tätigkeit in die Feder diktiert. — Der „Neuen Vogtl. Ztg.“ entfällt auch das Wort „christlich“. Christlich handelt, wer die salbige Lehre von der Person, die sie vertritt, zu trennen weiß, wohl jene, aber nicht diese haßt. Daher haben wir den Verstorbenen nie gehaßt, trog-dem wir seine Lehre und seine Taten oft bekämpfen mußten. — Es ist also die „Kostprobe“, welche die „Neue Vogtl. Ztg.“ ihren Lesern aus unserer Zeitung vorlegt, ein-glänzende Bekräftigung der Aufforderung, welche Se. Er-lauscht Graf Schönburg-Glauchau an die Versammlung und an alle Katholiken und christlich gesinnten Männer richtete: „Leset katholische, leset Zentrumsblätter, leset vor allem die „Sächsische Volkszeitung“, denn die liberalen Blätter sind unwahr und unvollständig, wie die „Neue Vogtl. Ztg.“ soeben bewiesen hat!“

— **Kirchliche Einsegnung und Feuerbestattung.** Zu diesem Titel melden verschiedene Zeitungen von der kirch-lichen Einsegnung und nachherigen Verbrennung der Leiche des Großindustriellen Kommerzienrats Alfred Ginz-ke v. Ehrenbürgers von Waffersdorf. Dem „Leipz.-Schöner Anzeiger“ (Nr. 102, 1911) entnehmen wir hier-über folgendes:

„Donnerstag den 29. Juni fand in Dresden die feier-liche Einsegnung der irdischen Ueberreste des daselbst verstorbenen Großindustriellen Kommerzienrats Herrn Alfred Ginzke in der Friedhofshalle des alten katholischen Fried-hofes in Dresden statt, wo der Leichnam aufgebahrt wor-den war. Die Einsegnung nahm der Herr Pfarrer der dor-tigen katholischen Pfarrgemeinde vor, der dem Dahin-geschiedenen einen ergreifenden Nachruf hielt. Sodann wurde die Leiche in das neue Krematorium in Dresden übergeführt. Die Feierlichkeit ging unter Orgelklang und Gesang vor sich und übte auf alle Anwesenden einen mäch-tigen, erschütternden Eindruck aus. Herr Dr. Jos. Turn-wald-Reichenberg hielt die tiefempfundene Trauerrede. Dann wurde der Sarg versenkt und der Einäscherung zu-geführt. Die Aschenurne wurde noch am selben Tage mittels Extraguges nach Waffersdorf übergeführt. Die Beisetzung in der Familiengruft in Waffersdorf erfolgte heute. So-dann wurde das Requiem in der Waffersdorfer Pfarrkirche zelebriert.“

Auf eine Anfrage erteilt das Apostolische Vikariat im Königreiche Sachsen folgende Auskunft:  
„Die Leiche war zunächst in die Parentationshalle des inneren katholischen Friedhofes verbracht worden. Die kirchliche Einsegnung war laut der Visitenkarte eines Ange-hörigen „zwecks Ueberführung der Leiche nach Waffersdorf“